

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.95 und
0.95 Beilagen, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67 877.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig,
Befragungen 20 Pfg. Beilagen unter 25 Pfg. je tausend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 877.

Nr. 258.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 4. November 1931.

13. Jahrgang.

**Nimmer ist ein solche Unheil wie das Geld
Der Welt erwachsen, Städte kehrt verwüstend um
Und treibt die Menschen flüchtig fort von Haus und Herd;
Beidrend überreicht das Geld der Edlen Sinn,
Daß sie zu schmachvoll bösem Handeln sich verstehen,
Zu jeder Arglist leitet Geld die Menschen an
Und weicht sie ein in jedes gottvergeß'ne Tun.**

Sophokles.

Deutsche Not!

Eine Erwiderung.

W. Weber klagt in seinem Artikel „Deutsche Not“ in Nr. 246 des Aufwärts darüber, daß das deutsche Volk, trotzdem es einen ungeheuren Produktionsapparat an Fabriken, Bergwerken, Ziegeleien, Sägewerken, sowie Millionen technisch und geistig geschulter Menschen besitzt, so große Not leide, weil der Produktionsapparat sowie die Arbeitskräfte stillliegen. Wenn Weber hierin einen großen Widerspruch findet, so kann ihm darin nur beigestimmt werden. Nicht aber kann ich die von ihm geäußerten Ansichten, wie der Not abgeholfen werden könne, für richtig halten. Diese Ansichten sind in den folgenden Sätzen ausgesprochen: „Unsere heutige Not läßt sich durch Arbeit überwinden. Und wiederum ist es einzig und allein die Arbeit, durch die neues Kapital gebildet wird“, und weiter unten: „Darum können wir unsere Leistungen und Arbeitsprodukte nicht gegeneinander austauschen, solange der Bedarf nicht gedeckt ist? Es liegt einzig und allein am Geld, das als Mittel des Austausches versagt.“ Den Aufsatz von Otto Weiskleder, „Das Tauschproblem als Angelpunkt der Volkswirtschaft“, den der Aufwärts im August gebracht haben soll und auf den W. Weber anknüpft, habe ich nicht gelesen, kann daher zu ihm auch keine Stellung nehmen. Da die beiden oben angeführten Sätze von W. Weber aber in Übereinstimmung mit einander stehen müssen, so darf man annehmen, daß er einem direkten Natural-Tauschverkehr unter Ausschaltung des Geldes das Wort reden will. Dann würde dazu passen der erste Satz: „Unsere heutige Not läßt sich durch Arbeit überwinden.“

Dies vorausgeschickt hätte ich — auf den Gebieten der Währung und Volkswirtschaft als Laie — zu den Sätzen Webers folgendes zu bemerken: daß das Geld als Mittel des Austausches versagt hat, ist sicher richtig. Man braucht nur an die Worte Inflation und Deflation zu denken, von denen das erstere bedeutet „zuviel Geld“, das letztere „zu wenig Geld“, so wird einem dies sofort klar. Die Inflation ist durch das Verdienst von Helfserich, den Erfinder der Rentenmark, überwunden worden. In der Deflation befinden wir uns noch mitten darin. Sie hat die Arbeitslosigkeit gebracht und droht, wenn man ihrer nicht Herr wird, den Bolschewismus zu bringen. Man kuriert daran herum, im Lande mit Preisengangsaktionen, Lohn- und Gehaltsabbau, Sparverordnungen, Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung, Stützung wackelnder Großbanken, Devisennotverordnungen und dergleichen; im internationalen Verkehr mit Konferenzen der Staatsmänner und Ministerbesuchen in schneller Folge, Einsetzung von Wirtschaftsausschüssen zur „Zusammenarbeit“ und dergleichen. Aber alles ist bisher völlig vergeblich gewesen und mußte vergeblich sein. Denn man kuriert an den Symptomen herum anstatt dem Uebel an die Wurzel zu gehen. Bei den internationalen Besprechungen redet man an der Sache vorbei, teils aus Selbstsucht, teils aus Schwäche. Und dabei mehren sich täglich die Stimmen nicht nur der Presse aller Länder, sondern auch maßgebender wirtschaftlicher und politischer Persönlichkeiten, selbst in ehemals feindlichen Ländern, wie soeben erst Senator Borah in Washington, die es aussprechen, daß die Tributzahlungen und deren Fundament, das Diktat von Versailles, der Grund alles Übels sind! Es ist ja auch gar nicht ersichtlich, warum das Geld, welches bis zum großen Kriege und dessen Beendigung durch das Diktat von Versailles als Mittel des Austausches, von kleinen Schwankungen abgesehen, gut funktioniert hat, nun mit einem Male versagen sollte! Und andererseits: Eine Tributzahlung von nahezu 2 Milliarden und eine fast ebenso hohe Summe von Zinsen für Schulden, die zur Bezahlung der Tribute aufgenommen sind, gehen jährlich ohne Gegenleistung aus dem Lande! Ist denn das etwas so Nebensächliches, daß man sich das Gehirn zu zermartern braucht, um den Urgrund der Deflation in allem möglichen andern zu

finden?! Die Sache ist in der Tat so einfach, daß man versucht ist, sich auf Onkel Bräsig zu berufen, der bekanntlich meinte, die Armut kommt von der Poverty.

Hiermit habe ich eigentlich schon ausgesprochen, daß ich den Satz Webers: „Unsere heutige Not läßt sich durch Arbeit überwinden“, leider nicht für richtig halten kann. Wäre er richtig, so hätten wir keine Not; denn unsere 6 Millionen Arbeitslosen würden nur zu gern arbeiten. Das ist ja gerade die ganze Not, daß sie nicht arbeiten dürfen! — Warum haben denn die Betriebe, die den Produktionsapparat des deutschen Volkes bilden, geschlossen? Doch nur deshalb, weil die Steuern und sozialen Lasten so hoch gestiegen waren, daß ein Ertrag nicht mehr herauszuwirtschaften war, der sogar zugefugt werden mußte. Dieses ist so bekannt, daß ich es nicht näher auszuführen brauche. Aber wie kommt es denn, daß mit einem Male die Steuern so hoch sein müssen? Sollte daran vielleicht neben der roten Verschwendungswirtschaft doch der Tribut die Schuld haben? Oder woher nimmt sonst die Regierung das Geld für die Milliardenzahlungen an den Reparationsagenten oder, wie er jetzt so schön heißt die „B.Z.Z.“ (Bank für internat. Zahlungsausgleich)? Und wenn sie bisher das Geld durch Anleihen (1) aufgebracht hat, woher nimmt sie das Geld zur Verzinsung dieser Anleihen?? Also da kommt man auf die Steuern. Diese ruinieren die Betriebe und die Kaufkraft. Danach Stilllegungen, Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, neue Stilllegungen, und so schließt sich dieser circulus vitiosus! Wir sehen also, unsere heutige Not läßt sich nicht durch Arbeit überwinden. Der Hebel muß vielmehr ganz woanders angelegt werden. Es muß mit dem Tributwahn Sinn Schluß gemacht werden. Dann werden sich sofort Handel und Wandel wieder beleben und die Arbeitslosigkeit wird überwunden sein. Man kann den Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht, die sich übrigens, wie oben schon gesagt, auch im Auslande immer mehr durchsetzt, auch von der anderen Seite her führen, indem man auf Frankreich hinweist. Dieses Land erhält von dem Tribut den Löwenanteil und es kennt keine Arbeitslosigkeit!!

Wenn Weber am Schlusse seines Artikels ausruft: „Und warum zeigen die Herren von der Zunft der Nationalökonomie keinen rettenden Weg? Sie mußten bei der Inflation nichts Vernünftiges zu sagen und heute schweigen sie wieder.“ — so muß hierauf nach dem oben Gesagten die Antwort lauten: Das Problem ist kein volkswirtschaftliches, sondern ein politisches! S. v. H.

Krebs?

„Ihrer die Wunden, unser die Narben;
Wir leben schwerer als jene starben.“

Freiherr von Münchhausen
an die Toten des Weltkrieges.

II.

Eines der ergreifendsten modernen Dramen bildet zweifellos das von Toller „Die Maschinenstürmer“. Jeder, der Reinhardts Inszenierung im Zirkus Busch in Berlin gesehen hat, wird den tiefsten Eindruck von der Massenjense bewahrt haben, in der die Arbeiter mit den Rufen „Tod der Maschine!“, die Fabriksäle stürmen und die Maschinen, die ihnen das Brot der Handarbeit genommen haben, zerstören. (Das gleiche Problem findet sich ja auch bei Hauptmann und in der wirklichen Geschichte Englands). Die meisten Zuhörer werden die Arbeiter bei ihrem Kampfe gegen die leblose Maschine entweder für bedauernswert oder für verrannt gehalten haben. Das erstere ist zweifellos richtig, das zweite unrichtig. Der Instinkt dieser einfachen Leute war klarer als der Verstand von Staats- und Wirtschaftsführern, die von den augenblicklichen Erfolgen geblendet, die Einführung neuer Maschinen als dauernde Errungenschaft der Menschheit begrüßten und in dem Triumph der Technik das Tor zu einem goldenen Zeitalter sahen. Gewiß hat die Technik — nicht zu verwechseln mit der Kultur! — auf diese Weise in den letzten 100 bis 200 Jahren ungeahnte Erfolge erzielt und sicherlich vieles zur Annehmlichkeit des Lebens beigetragen. Unter dieser glänzenden Außenseite aber bereitete sich unerkannt die schwerste Krankheit des Wirtschaftskörpers vor.

Wenn nämlich beispielsweise durch eine Maschine, die ein Mann bedient, 10 Arbeiter zwecklos werden, was wird aus den übrigbleibenden 9? Sie gehen zunächst zu anderen Berufen. Aber nun werden auch dort Maschinen mit dem gleichen Erfolg verwendet. Was ist dann das

Endergebnis? 1 Mann arbeitet und 9 feiern, 9 Arbeitslose auf 1 Arbeitenden!

Wenn diese einfache Ueberlegung, deren Richtigkeit wohl niemand bestreiten kann, mehr als 100 Jahre hindurch scheinbar durch die Praxis widerlegt worden ist, so erklärt sich das dadurch, daß die Umstellung der Handarbeit in Maschinenbetriebe zunächst einen Arbeitsbedarf von ungeahnter Größe schuf. Zuerst mußten die Fabriken errichtet werden, die die Maschinen herstellten; dann wurden in ihnen die Maschinen gebaut; dann wurden Maschinen und Fabriken wieder modernisiert. Die Errichtung der Industriestädte brauchte viele Massen von Arbeitern, der Bau der Eisenbahnen forderte viele Jahrzehnte hindurch mehr Arbeitskräfte, als ihre Einführung an anderen Transportkräften ersparte. Dann kam die Neuerschließung des Koloniallandes und der exotischen Staaten, die alle Bedarf, aber keine Produktion hatten. Verwaltung, Gerichte und Finanz wurden komplizierter und nahmen mehr Personal auf, die soziale Gesetzgebung erschien. Militär und Marine entzogen ständig mehr Arbeitskräfte, und gerade die tauglichsten, in den besten Jahren der Arbeit, und verbrauchten dabei Unmengen von Material an Ausrüstungen, Bewaffnungen, Schiffen und dergleichen; die Waffenindustrie allein im weitesten Sinne beschäftigte Hunderttausende von Arbeitern; Werke wie Krupp kamen in 50 Jahren von 50 auf 50 000 Arbeiter. So kam es, daß die Produktion, gleich zeitig gehemmt durch die Entziehung von Arbeitskräften, ständig ansteigen und doch stets Absatz finden konnte. Die Maschinenisierung glied sich also mit dem tatsächlichen Bedarf aus. Der Höhepunkt war der Weltkrieg, in dem gar nicht genug produziert werden konnte. Selbst hinterher flaute der Bedarf noch nicht sofort ab, weil infolge der Bevorzugung der Kriegsbedürfnisse der Friedensbedarf eine außerordentliche Höhe erreicht hatte und die Umstellung der Kriegs- in Friedensindustrie sowie die aus den Friedensverträgen folgenden Zwangsleistungen eine riesenhafte Arbeit verlangten. Hierzu kamen die Unausgeglichenheiten, die aus dem Währungsverfall in verschiedenen Ländern folgten.

Sobald aber der Anstieg aufhörte, mußte nach ewigem Naturgesetz der Abstieg beginnen und um so länger dauern als der Aufstieg gedauert hatte; und je höher die Welle gestiegen war, um so stärker und tiefer mußte sie sich überschlagen. Jetzt beginnt sich herauszustellen, daß eine völlige Umgestaltung der Gesetze von Angebot und Nachfrage naturwidrig, also unmöglich, ist. Die Maschinenisierung, heute zum Teil Rationalisierung genannt, setzt stets wachsenden Bedarf voraus, also einen Dauerzustand, während in der Natur keine Bewegung andauert. Was uns damals als glücklich erschien, der ungehemmte lange Aufstieg, bedeutete also in Wirklichkeit ein Unglück für die Zukunft; unter dem Schein dieses äußerlichen Wohlbefindens konnte sich die Krankheit ungefürt ausbreiten, bis sie schließlich alle Kulturländer ergriff und damit den ganzen internationalen Wirtschaftskörper verfeuchte. Es ist unmöglich, die aufs äußerste rationalisierte Produktion unterzubringen. Es ist aber ebenso unmöglich, diese Produktion einzudämmen, ohne daß man die Produktionsmittel und damit den größten Teil des nationalen Vermögens zerstört. Diese Sachlage muß auch immer schlimmer werden, je mehr die unproduktiven Ausgaben, insbesondere die internationalen Rüstungen, aber auch die sonstigen Luxusausgaben aller Art in Wegfall kommen. Das Bild der internationalen Wirtschaft ist heute der Krebskranke im Spätstadium.

Die falsche Krankheitsdiagnose, die Krankheit und Symptome verwechselt und lediglich an letzteren herumkuriert, erklärt die falschen Dispositionen, denen die ersten Namen der Wirtschaft zum Opfer gefallen sind, erklärt auch die völlig falsche Behandlung, mit der der kranke Körper jetzt geheilt werden soll. Die jetzt getroffenen Sparmaßnahmen können nichts anderes erreichen als weitere Verringerung des Bedarfs, des Konsums, also einen noch rapideren Abstieg, ein noch schnelleres Ende. Was wir aber heute noch nicht verstehen, das hat schon zu Beginn des Maschinenzeitalters einer unserer ganz Großen, dessen 100. Todestag wir bald begehen werden, prophezeit, wenn er in seinen „Wanderjahren“ sagt: „Das überhandnehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich; es wälzt sich heran wie ein Gemitter, langsam, langsam, langsam; aber es hat keine Richtung genommen; es wird kommen und treffen.“

Jetzt hat es getroffen, schwer, vielleicht tödlich, „Wir leben schwerer, als jene starben.“

Dr. von Schönberg-Dresden

411

Städt. Bibliothek

S 839

Verantwortungsbewußtsein oder Schwäche?*)

D. Reinhard Mumm zur Entgegnung.

Es ist eine seltsame Mehrheit, mit der Dr. H. Brüning den innerpolitischen Kampf um sein Kabinett bestanden hat. Die Sozialdemokraten stimmten aus Furcht vor der kommenden Rechtsregierung gegen den Mißtrauensantrag, und auch die Christlich-Sozialen sahen sich nur wegen der Ungewißheit des Kommenden für eine Regierung ein, die sie innerlich ablehnten. Wäre nach dem Sturz der Regierung wirklich etwas so Ungewisses gekommen? Für die Sozialdemokraten gewiß, aber für den Christlich-Sozialen Volksdienst? Bei aller Ungewißheit innerhalb der nationalen Opposition ließ die Harzburger Tagung und die im Auftrage Hitlers gehaltene Rede Goerings, in der er die Bereitschaft der Nationalsozialisten zur Regierungsübernahme erklärte, darüber keinen Zweifel, daß eine Rechtsregierung möglich und bestimmt zu erwarten gewesen wäre. Bestehen in der heutigen Regierung nicht auch Gegensätze? Diese Rechtsregierung war im Hinblick auf die Reise Laval nach Washington und den Besuch Grandis in Berlin dringende Notwendigkeit. Die vermehrte Einheit hätte in außenpolitischen Fragen innerhalb der „Nationalen Opposition“ geherrscht und zwar im Sinne der Forderungen, die der Christlich-Soziale Volksdienst des öfteren gestellt hat. Das Kabinett Brüning aber verharrte infolge seiner Abhängigkeit von der Sozialdemokratie bei seinen alten Richtlinien. Dabei hätte die kommende Rechtsregierung die Möglichkeit gehabt, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten eine eindeutige Mehrheit zustande zu bringen — allerdings unter Einbeziehung des Zentrums. Aber auch ohne dieses. Denn, hätte man nicht vom Zentrum das verlangen können, was es von anderen Parteien seit Jahren verlangte, daß es aus „staatsverhaltendem Interesse“ eine Rechtsregierung, nicht unterstütze, so doch dulde? Wäre es für das Zentrum nicht die beste Gelegenheit gewesen, sich von der Sozialdemokratie zu trennen? Hat nicht die Rede von Papens, des früheren Zentrumsabgeordneten, in diese Richtung gewiesen?

Die Haltung der Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat in weiten Kreisen sehr enttäuscht. Sie gab der Regierung die Möglichkeit, ihren alten Linkskurs weiterzuführen, obwohl die Umbiegung dieses Kurses in einen Rechtskurs sehr wohl möglich gewesen wäre. Die steigende Not des Volkes erforderte den Sturz der Regierung — er wurde verhindert, weil man sich an der Taktik der Nationalsozialisten stieß. Es war nicht Mangel an Verantwortungsbewußtsein oder gar ein Verfall, das die Nationalsozialisten im 16. Ausschluß sehen ließ und warum sie den Reichstag verließen: Sie nahmen damit der Regierung die Möglichkeit, ihre Wendepolitik einmal mit der Linken gegen die Rechte, einmal mit der Rechten gegen die Linke fortzusetzen. Sie mußten, daß sie dem deutschen Volk dann am meisten dienten, wenn sie starr und unbeirrt ihre Politik

*) Auf den Artikel von Abg. D. Mumm sind eine ganze Anzahl Entgegnungen eingegangen. Wir nehmen davon drei auf, von denen jede auf ihre besondere Art ihren Standpunkt vertritt. Leider läßt es sich nicht ganz vermeiden, auch hier im „Aufwärts“ solche Konversionen austragen zu lassen.

Afrika ruft.

Ja, Afrika ruft. Wer hört diesen Ruf? Sind es die, die noch in alter Begeisterung an den alten ostafrikanischen Kolonien hängen und ihren Verlust noch immer nicht verschmerzen können? Sind es die wenigen, die von wissenschaftlichem Forschergeist beherrscht sind und die mit Spannung jede neue Erkenntnis geographischer oder völkischer Art in sich aufnehmen und für neue Forschungen und Abenteuer verwerten möchten? Oder horchen die am meisten auf, denen die seelischen Nöte der afrikanischen Völker immer ein Ansporn gewesen sind, geistige und materielle Kräfte zu ihrer Beseitigung mobil zu machen? Alle diese Gruppen von Menschen möchte man hinweisen auf ein schlichtes und feines Buch, daß der Missionsinspektor der Betheler Ostafrikamission, Pastor Curt Ronike, jetzt neu herausgebracht hat unter dem Titel „Afrika ruft“. Die Leser des „Aufwärts“ werden dann um so aufmerksamer werden, wenn ihnen verraten wird, daß der Verfasser des Buches auch der Verfasser mehrerer Artikel ist, die im letzten Winter erschienen und die afrikanischen Probleme von neuen Gesichtspunkten aus behandelten.

Wenn ein Missionsinspektor ein solches Buch schreibt, wird niemand etwas anderes erwarten, als daß das Buch vorwiegend das Gebiet der Mission behandelt. Der Verfasser bezeichnet es auch als eine Aufgabe des Buches, Liebe für das Werk der Mission zu wecken und der Betheler Mission, die in Ostafrika vor vielen und notwendigen Aufgaben steht, neue Freunde zuzuführen.

In literarischen Erörterungen und auch in öffentlichen und privaten Diskussionen über das Werk der Heidenmission begegnet man in unseren Tagen manchen Einwänden. Im Blick auf die in immer stärkerem Maße zunehmende Abkehr der sog. Kulturwelt von den im Christentum angebotenen Heilsgütern, meinen die einen, im eigenen Lande sei Gelegenheit und Aufgabe genug, die wirklich lebendigen Evangelisationskräfte einzusetzen. Sie halten es auch für unrecht, die für die Heidenmission notwendigen Mittel dem eigenen Lande zu entziehen. Handelt es sich dann auch noch um die Missionsarbeit in Ostafrika, dann treten für die anderen oft noch politische Gesichtspunkte hinzu, und man widersteht sich der Absicht, deutsche Mittel und Kräfte für ein Gebiet einzusetzen, in dem der Erfolg und der Nutzen der von der Mission geleisteten Kulturarbeit den Staaten zufällt, die

fortsetzen, die den Sturz der Regierung zum Ziele hatte und hat. Hitler will Deutschland retten, aber nicht das Regiment des Zentrums und der Sozialdemokraten.

Es wäre für den Christlich-Sozialen Volksdienst gut gewesen, er hätte auch so gedacht und gehandelt!

Walter Haag.

Auch mit gutem Gewissen!

Endlich ist eine gewiß von vielen Lesern des Aufwärts lange erwartete Rechtfertigung des Christlich-Sozialen Volksdienstes über seine Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen die Regierung Brüning erschienen. In den einleitenden Worten schreibt der Verfasser derselben, M. d. R. D. Mumm, aus einem „guten deutschen“ und einem „guten evangelischen“ Gewissen sei der Sturz der Regierung verhindert.

Die Aufrichtigkeit der Gesinnung soll für ihn unbestritten sein, aber mit gleich gutem Gewissen kann man über die Abstimmung entgegengesetzter Ansicht sein. Und das dürfte zeigen, wie wenig wir Menschen auch von gleicher innerer Grundlage aus in der Lage sind, die verworrensten Fragen eines Staatswesens zu durchschauen, viel weniger gleichartig zu beurteilen.

Nach seinen Darlegungen glaubt der Verfasser jener Erklärung, die ablehnende Stellung des Christlich-Sozialen Volksdienstes aus der Uneinigkeit der Rechtsparteien, insbesondere aus der verschiedenen Einstellung zur Sozialreform herleiten zu müssen und nicht in der Lage zu sein, ihnen die ganze Macht in die Hand zu legen.

Dazu ein kurzes Wort. Der soziale Gedanke ist heute Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Um seine Lösung bemühen sich heute die Besten. Von oben gesehen stehen sich Stände und Lebenskreise viel näher als je. Die Not der Zeit hat eben die Augen geöffnet und das Herz weit gemacht. Und wenn noch eine Uneinigkeit der Rechtsparteien über die Sozialreform bestehen sollte, so wäre das nicht eine Frage des Ob, sondern des Wie, das allein nach den vorhandenen Mitteln entschieden würde.

Dagegen wird man von einer inneren Einheit der jetzigen Regierungsparteien sicher nicht reden dürfen. Es wäre auch eine unmögliche Einstellung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, wenn Sozialdemokratie oder Zentrum als gesinnungsverwandt bezeichnet werden müßten. Offenlich besteht jedoch eine solche Verwandtschaft in nationaler Gesinnung mit den Rechtsparteien, in sozialer ist allerdings zu befürchten — mit der Sozialdemokratie. Aber hier liegt eine Trennungslinie, an der viele Christlich-Soziale nicht mehr mitkönnen. Sie sind nach wie vor christlich und sozial, aber eine Sozialreform, die allen Besitz vernichtet, wie sie heute von den Regierungsparteien trotz der miserablen Finanzlage des Reiches stets weiter geführt wird, können sie nicht gutheißen.

Zur Mitarbeit werden die Rechtsparteien allerdings nicht bereit sein. Sie vermögen die Gottlosenbewegung nicht zu unterstützen, die durch die Untergrabung der religiösen und sittlichen Grundlagen von Familien, Staat

und Kirche zum Bolschewismus führt. Die Rechte würde ihr bald einen Damm entgegenstellen.

Gewiß wird zugegeben werden, daß wir Fernerstehenden das neue, ebenso wenig wie das alte, Regierungssystem vorläufig durchschauen, wohl aber loben wir die klaren und fest ausgesprochenen Regierungsziele: Befreiung von der Schuldknechtschaft, von der Sklaverei durch das Ausland, Retten, die wir, vor allem die deutsche Jugend, nicht mehr ertragen können. Und daß in sozialer Beziehung der Notleidenden gebührend gedacht wird, dafür würden schon die nationalsozialistischen Arbeiter sorgen wenn es irgendwo nötig wäre.

Allerdings gehört dazu Vertrauen. Allein, wieviel Vertrauen haben die Regierungsparteien bisher gefordert, und immer wieder sind wir enttäuscht worden, so enttäuscht, daß wir sagen: Der heutige Kurs führt uns sicher ins Verderben!

Der Christlich-Soziale Volksdienst hat bei der Abstimmung wohl seine dunkelste Stunde gehabt, ich glaube, es war seine Todesstunde als Partei. Als Salz genügt er mit wenigen Körnlein und auch da nur, wo es wirken kann, unmöglich jedenfalls in der SPD. Da findet Christi Sinn und Geist keine Aufnahme. Eth.

Ein sanftes Ruhetissen.

Nun können die Volksdienstführer sanft ruhen, sie haben den Sturz der Regierung verhindert, sie treten jeder „Katastrophenpolitik“ entgegen! Ich bin Volksdienstwähler. Aber „denke ich an Deutschland bei Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht!“ Nun lese ich den Artikel „Mit gutem Gewissen“ von D. Mumm, M. d. R., dann muß ich schmerzlich bekennen: nein, solche Führer habe ich als Vertreter des Erbes Stöckers nicht wählen wollen.

Was wäre danach gekommen?

Der eine fragt: Was kommt danach?

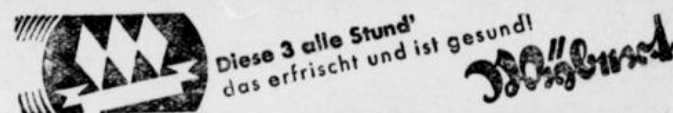
Der andre: Was ist recht?

Und also unterscheidet sich

Der Freie von dem Knecht.

Nur in der Negation sei die Nationale Opposition einzig? Hat denn Herr Mumm keine Ahnung von dem positiven Verantwortungswillen, den er doch auch aus der Nähe hätte sehen müssen? Warum negierten die Volksdienstführer die nationale Bewegung, anstatt für den Durchbruch christlicher Erneuerungskräfte zu sorgen? Kann Herr Mumm auf Grund seiner „30-jährigen parlamentarischen Tätigkeit“ sich nicht mehr aus dieser Denkwiese lösen, daß er nicht sieht, wie die Schnittlinien der kommenden Auseinandersetzung nicht mehr durchs gegenwärtige Parlament laufen?

In einem möchte ich ihm recht geben: Hinter dem Mißlingen einer rechtsradikalen Regierung stünde im kommenden Winter eine siegreiche bolschewistische Revolution. Ich frage aber allen Ernstes Herrn Mumm, was denn wohl hinter dem Mißlingen der gegenwärtigen Regierung steht? Oder ist er der Meinung, daß jetzt alles in Ordnung ist, daß wir nichts von Katastrophen bisher gespürt und nichts mehr zu fürchten haben? Mit dieser politischen Brunnengiftung nach rechts ist unserem Volke nicht gedient. Es ist Tatsache, daß große Teile des



sich die deutschen Kolonialländer unter wenig einwandfreien Gründen angeeignet haben.

Allen diesen Gesichtspunkten verschließt sich Pastor Ronike nicht. Es ist vielmehr anzunehmen, daß seine Ostafrikareise, die er im vorigen Jahre machen konnte und machen mußte in all ihren Erlebnissen und Untersuchungen von diesen Gesichtspunkten beherrscht war. Und deshalb wird das Buch, welches in 15 Abschnitten und 50 kurzen Kapiteln dem Leser einen Teil Afrikas mit seinen landschaftlichen Schönheiten, seinen Entwicklungsmöglichkeiten, seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, die Volksstämme mit ihren Eigenarten, ihren Nöten, ihren Schwächen, ihren Wünschen und Hoffnungen so vor Augen führt, wie sie von einem deutschen Mann mit offenem Blick und aufgeschlossenem Sinn gesehen wurden, allen denen, die sich gerne ein möglichst richtiges Urteil über alle diese Dinge bilden wollen, zu einem wertvollen Mittel zu diesem Zweck. Es werden Befunde auf alten und neuen Missionsstationen gemacht, Schulen und Kirchen werden inspiert, über Irren- und Ausfalligenpflege, die von der Bethelmission immer mit besonderer Liebe getrieben wurde, werden neue Untersuchungen angestellt, wie ja überhaupt dem Gebiet der ärztlichen Mission das sorgfältigste Interesse zugewandt wird. In das Arbeitsgebiet des Missionskaufmanns gewinnt man einen Einblick und lernt etwas kennen von der wichtigen Tätigkeit des deutschen Missionshändler. Der schwarze Heidenfamilie in ihrer primitiven, rauchigen Hütte macht man einen Besuch und kehrt ein im sauberen Heim der getauften Christen. Beim Stammeshäuptling und beim Landesfultan ist man zu Gaste, macht Reisen zu Fuß, zu Pferd und im Auto, und weiß zuletzt, daß jenes Land Afrika ein Gebiet ist, dessen bessere Zukunft davon abhängt, wieviel Liebe, Hilfe und Interesse ihm auch weiterhin von Deutschland und seiner Christenheit entgegengebracht wird.

Das, was an dem Buch als besonderer Zug auffällt, ist die Feststellung, daß in ihm etwas von dem Geist zu spüren ist, der Vater Bodelschwing trieb, als ihm auf seinem letzten Krankenlager auch die Not von Kolonialvölkern bekannt wurde und er seine Mitarbeiter mahnte, mit der Hilfe sehr eilig zu sein, da sonst die Menschenbrüder über der Not sterben. Und das ist schließlich der Wunsch des Verfassers, sein Buch möchte nicht nur eine interessante Reisebeschreibung sein, die wieder neue Liebe lebendig macht für das schöne Land, mit dem schon

so manches deutsche Leben und Schicksal verwachsen ist, sondern das auch wieder etwas von der Verantwortung weckt, die Christenleute für die Menschenbrüder tragen, die noch in der schwärzesten Finsternis des Heidentums und des Aberglaubens sitzen.

Das schön gebundene Buch mit einer Anzahl guter Illustrationen ist in der Buchhandlung der Anstalt Bethel erschienen und kostet 3,85 Mark. Für jeden Weihnachtsfest ist es eine sehr schöne Gabe. D. A.

Brasilien!

Seit dem 1. Oktober 1930 ist in Rio de Janeiro, der brasilianischen Hauptstadt, eine evangelische Stadtmission eingerichtet worden. Der vom Südamerika-Missionsbund entsandte Stadtmissionar Friedrich Plöger aus Lütke bei Lemgo ist dort an der Arbeit. Schon seit einigen Jahren hat sich eine kleine Gemeinschaft in Rio de Janeiro gebildet. Aus dieser ist nun die Stadtmissionsgemeinschaft entstanden. Stadtmissionar Plöger schreibt, daß er offene Türen gefunden habe. Am Dienstagabend finden im Gemeindehaufe der deutschen evangelischen Gemeinde zu Rio Bibelstunden statt, zu denen nach den letzten Berichten sich 40 bis 50 Teilnehmer einstellen. Auch am Sonntag nachmittag sammelt man sich um Gottes Wort. Hausbesuche werden gemacht, Schriften werden verbreitet. Gemeindepfarrer und Stadtmissionar arbeiten Hand in Hand. Rio de Janeiro ist ein wanderndes Land. Das bedeutet ohne weiteres, daß sich auch viel Not und Elend dort vorfindet. Stadtmissionar Plöger weist auf die vielen Aufgaben hin, die dort vorliegen. Er bittet aber vor allem, daß man der Missionsarbeit in der brasilianischen Hauptstadt in treuer Fürbitte gedenken möge. — Eine besondere Bitte spricht er ferner aus: Er bittet um die Adressen von solchen, die nach Rio de Janeiro und Umgegend gingen. Besonders möchte er auch erfassen frühere Mitglieder von christlichen Vereinen, Gemeinschaften und Jugendbünden, um sie einzuladen zu den dortigen Gemeinschafts- und Bibelstunden.

Wer also Angehörige in Rio de Janeiro und Umgegend wohnen hat, der teile die Adressen (genau und deutlich geschrieben) umgehend mit an das Büro des Evangelischen Südamerika-Missionsbundes, Bad Oeynhausen i. Westfalen. P. Lindemann.

chte würde
Fernerste-
Regierungs-
wir die kla-
Befreiung
durch das
Jugend,
aler Bezie-
wird, dafür
iter sorgen

in, wieviel
sicher gefor-
worden, so
führt uns
der Abstim-
glaube, es
genügt er
es wirken
ndet Christi
Eth.

n.
ruhen, sie
fre treten
bin Volks-
bei Nacht,
ich den Ar-
M. d. A.,
iche Führer
nicht wählen

Opposition
ag von dem
auch aus
regierten die
anstatt für
zu sorgen?
dieser parla-
mentarischen
Denk-
tlinien der
durchs ge-

Hinter dem
stände im
tische Revo-
Mumm, was
ärtigen Re-
heißt alles
phen bisher
Mit dieser
ist unfreier
he Teile des

erwachsen ist,
antwortung
über tragen,
Heidentums

Anzahl guter
anstalt Bethel
Weihnachts-
D. A.

Janeiro, der
e Stadtmis-
ka-Missions-
Bläger aus
von seit eini-
st in Rio de
missionsge-
ger schreibt,
enstag abend
evangelischen
nen nach den
er einstellen.
ich um Got-
christen wer-
missionar ar-
es ist Ein-
eiteres, daß
Stadtmis-
hin, die dort
an der Mis-
st in treuer
Bitte spricht
in solchen, die
a. Besonders
r von christ-
igendbünden,
nchafts- und

o und Umge-
au und deut-
des Evan-
Deinhäusen
Eindemann.

Mittelstandes, der Arbeiterschaft und der Jugend der nationalen Opposition zuströmen.
Warum tun sie das? Weil die Katastrophe über ihre persönliche Existenz sicherheit bereits über sie herein-gebrochen ist als Folge der Politik des gegenwärtigen Systems. Ich fürchte, daß viele Volksdienstwähler — und nicht die schlechtesten — bei passender Gelegenheit

Ihnen, Herr Mumm, die Quittung auf Ihr Verhalten geben werden.
Seien Sie unbesorgt, der Ausbruch der Nation wird jede Parteipolitik wegschlagen. Inzwischen würden die Wähler draußen sich gern freuen, wenn es ihnen gelänge die Vergötzung und Anbetung des schwarzroten Parteibuches zu brechen. Ein Volksdienstwähler.

Abrüstung statt Rüstungsstillstand

Veröffentlichung der deutschen Antwortnote an den Völkerbund.

— Berlin, 3. November.

Die Reichsregierung veröffentlicht den Wortlaut der Note, die Reichkanzler Dr. Brüning in Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers in der Frage des einjährigen Rüstungsstillstandes an den Völkerbund gerichtet hat. Der wesentliche Teil dieser Note lautet:

„An dem Bestreben, jede Maßnahme zu unterstützen, welche die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern könnte, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, den am 29. September 1931 von der Völkerbundsversammlung vorgeschlagenen einjährigen Rüstungsstillstand anzunehmen. Sie tut dies in der Annahme, daß die Antworten der anderen Regierungen, deren Mitteilung sie entsprechend dem vom Räte am 30. September d. J. angenommenen Bericht entgegensteht, ebenfalls eine Zustimmung ohne wesentliche Vorbehalte enthalten.“

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Minimum hat herabsetzen müssen, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Rüstungsstillstand sich ergebende Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes; sie umfaßt vielmehr vor allem eine wirksame Rüstungsverminderung bei den hochgerüsteten Staaten, die von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf nationale Sicherheit für alle Signatarstaaten ausgehen muß.

Damit hat Deutschland nach dem Beispiel der übrigen Mächte dem Rüstungsstillstand zugestimmt, gleichzeitig aber zum Ausdruck gebracht, daß mit der Verwirklichung des Rüstungswaffenstillstandes die Aufgabe der Abrüstungskonferenz nichts an Bedeutung verliert, weil ja diese Aufgabe nicht in der Stabilisierung, sondern in der Herabsetzung der Rüstungen und in der Herbeiführung eines Rüstungsausgleichs besteht, durch den alle Staaten das gleiche Recht auf Sicherheit erhalten.

Laval erstattet Bericht.

Glaubigertkonferenz in Biarritz? — Neue Erklärungen zu dem Besuch bei Hoover.

— Paris, 3. November.

Nach kurzem Aufenthalt in Southampton erreichte die „Asie de France“ mit dem französischen Ministerpräsidenten

ten Laval an Bord, am Montag Le Havre. Zur Begrüßung Laval hatte sich u. a. der Minister für die Handelsmarine Chappedeleine eingefunden. Laval beantwortete die Begrüßungsreden mit einer kurzen Ansprache, in der es heißt:

„Ich habe eine wichtige Mission durchgeführt und hege die Hoffnung, daß sie glückliche Ergebnisse für unser Land haben und auch gestatten wird, das Werk der soliden, dauerhaften Organisation des Friedens zu fördern. Ich habe mein bestes getan, um meinem Lande zu dienen. Ich bin glücklich, und fühle mich gestärkt, mich in Völkergemeinschaft mit der öffentlichen Meinung Frankreichs zu fühlen.“

Von Le Havre begab sich Laval direkt nach Paris. Im Verlaufe des heutigen Dienstags findet eine Kabinettsitzung statt, in der der Ministerpräsident über seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover Bericht erstatten wird. Wie Laval noch während der Ueberfahrt einem Journalisten gegenüber erklärte, kann die Mission, die er erfüllt habe, bedeutende Folgen zeitigen. In der heutigen Kabinettsitzung soll nun erwogen werden, welche praktischen Schlussfolgerungen aus der französisch-amerikanischen Konferenz gezogen werden können.

Der Ankunft Laval in Paris wohnte eine große Zuschauermenge bei. Zu den Journalisten äußerte Laval nochmals, er sei mit seiner Reise nach Amerika zufrieden und hoffe, daß sie nicht vergeblich gewesen sei. Nach einem kurzen Aufenthalt im Ministerium begab sich Laval zum Staatspräsidenten.

Ueber die weitere Taktik der französischen Regierung berichtet eine Nachrichtenagentur, Laval beabsichtige, im Dezember eine Konferenz der Gläubiger Deutschlands nach Biarritz einzuberufen. Die Haas-Agentur interessiert sich insbesondere für den Besuch des deutschen Botschafters von Hoesch bei Laval und schreibt dazu, der deutsche Botschafter werde Laval fragen, ob die französische Regierung einverstanden sei, daß die Vollmachten des belarischen Ausschusses der V. J. in der Mitte erweitert würden, daß diese Kommission ihre Untersuchungen auch auf eine neue Regelung der gesamten Reparationsfragen ausdehnen kann. Die Ergebnisse der Arbeit der Botschafter Kommission würden dann die Grundlage zur Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz ergeben.

Präsidentkandidatur Vorahs? — Der Senator lehnt ab.

Senator Vorah hat von einer Gruppe von republikanischen Progressisten das Anerbieten erhalten, ihn bei der Präsidentenwahl im kommenden Jahre an Stelle von Hoover zum Kandidaten aufzustellen und den Wahlsieg für ihn in die Wege zu leiten. Vorah erklärte indessen seinen Freunden, daß es ihm aussichtslos erscheine, Hoover zu schlagen.

Die Wahlen in Mecklenburg.

Starke Gewinne der Nationalsozialisten. — Bürgerliche Mehrheiten in allen zehn Amtshauptmannschaften.

Die am Sonntag in Mecklenburg-Schwerin neugewählten Landkreistage (Amtsvertretungen) unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung ganz erheblich von den alten. Bisher bestanden in fünf von den insgesamt zehn Amtshauptmannschaften sozialdemokratische Mehrheiten. Nach der Neuwahl ist eine sozialdemokratische oder eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit in keiner Amtshauptmannschaft mehr vorhanden. Die Führung liegt nunmehr überall bei den Nationalsozialisten und den bürgerlichen Parteien, und in zwei Amtshauptmannschaften, in Parchim und Schwerin, bilden die Nationalsozialisten bereits allein die Mehrheit.

Die Gewinne der Nationalsozialisten sind außerordentlich stark. Wie am Sonntag zuvor in Anhalt, so haben die Nationalsozialisten auch in Mecklenburg-Schwerin die Stimmengiffer der Reichstagswahl noch erheblich übertraffen. Ihre Gewinne gegenüber den Zahlen der Reichstagswahlen schwanken in den einzelnen Amtshauptmannschaften zwischen 20 und 100 Prozent. Die Sozialdemokraten haben in einigen Ämtern bis zu 40 Prozent ihrer Stimmen an die Kommunisten, in einigen Landbezirken auch an die Nationalsozialisten abgegeben. In einem Amt ist allerdings ein sozialdemokratischer Stimmengewinn von 15 Prozent zu verzeichnen.

Die Stimmzunahme der Kommunisten ist geringer, als man im allgemeinen erwartet hatte. Sie beträgt in einigen Ämtern zwischen 10 und 25 Prozent. Die bürgerlichen Wirtschaftsparteien haben diesmal auf die Wähler nicht mehr die in den Vorjahren zu beobachtende Anziehungskraft ausgeübt. Das ist um so beachtenswerter, als bisher gerade bei Kommunalwahlen wirtschaftliche und lokale Interessen eine weit größere Rolle spielten, als politische Argumente. Im Durchschnitt haben die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsparteien, die in Einheitslisten zusammengefaßt waren, 20 bis 70 Prozent ihres Reichstags-Wählerbestandes eingebüßt.

Die Zusammensetzung der Amtsvertretungen sieht folgendermaßen aus:

Amt Parchim: Nationalsozialisten 12 Mandate (bisher 1), Sozialdemokraten 6 (9), Kommunisten 2 (—), Städtische Wähler 1 (—), Stadt und Land 2 (13).

Amt Rostock: Nationalsozialisten 11 (—), Sozialdemokraten 7 (10), Kommunisten 2 (—), Beamte 1 (2), Bürgerliche 4 (13).

Amt Schwerin: Nationalsozialisten 9 (—), Sozialdemokraten 6 (8), Heimat 2 (7).

Amt Güstrow: Nationalsozialisten 10 (—), Sozialdemokraten 8 (11), Kommunisten 3 (1), Stadt und Land 2.

Amt Waren: Nationalsozialisten 10 (—), Sozialdemokraten 7 (9), Kommunisten 3 (1), Christlich-Soziale 1 (—), Stadt und Land 2 (—).

Amt Hagenow: Nationalsozialisten 8 (—), Sozialdemokraten 8 (10), Kommunisten 2 (1), Einheitsliste 3 (10).

Amt Malchin: Nationalsozialisten 10 (—), Sozialdemokraten 7 (12), Kommunisten 2 (1), Nationale Opposition 5 (12 Bürgerl.).

Amt Ludwigslust: Nationalsozialisten 7 (2), Sozialdemokraten 6 (8), Kommunisten 2 (1), Landvolk 2 (—), Handel, Handwerk und Beamte 2 (—), Bauernverein 1 (—), Stadt und Land 1.

Amt Wismar: Nationalsozialisten 8 (—), Sozialdemokraten 8 (10), Kommunisten 2 (—), Nationale Wirtschaftsliste 3 (—), Heimatliste 1 (—).

Amt Grevesmühlen: Nationalsozialisten 5 (—), Sozialdemokraten 5 (7), Kommunisten 1 (—), Einheitsliste 4.

Eine der ersten Aufgaben der neuen Amtsvertretungen ist die Neuwahl des Amtshauptmanns. Das Mandat der jetzigen Amtshauptleute, von denen vier Sozialdemokraten sind, läuft mit 1932 ab.

Milch ist keine Sahne — und einfach gebrannte ungemälzte Gerste ist kein Malzkaffee. Und irgendein „Malzkaffee“ ist noch lange kein Kathreiner! Bedenken Sie — der Gehalt macht's!

Siedlung im Haff?

Ein Riesenprojekt für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Die Trockenlegung der Zuidersee durch Holland hat in Deutschland den Gedanken aufstauden lassen, ob man nicht die deutschen Haffe in irgendeiner Weise ähnlich nutzbar machen könnte. Ein Regierungsbaumeister in Marienwerder hat Untersuchungen darüber angestellt und ist zu dem Schluß gekommen, daß die Trockenlegung des Frischen Haffs in Ostpreußen am leichtesten durchzuführen ist, viel leichter als die Trockenlegung der Zuidersee, und den größten Erfolg verspricht. Das Frische Haff ist nämlich durchschnittlich nur 3,3 Meter tief, an der tiefsten Stelle fünf Meter, der Haffschlickboden ist, wie Proben ergeben haben, sehr fruchtbar. Das ganze Frische Haff ist 77 000 Hektar groß. Davon müssen 11 000 Hektar abgerechnet werden für die notwendigen Fahrrinnen und Kanäle, denn es müßte eine Großschiffahrtsrinne Königsberg—Pillau, die gleichzeitig die Mündung des Pregels darstellt, übrigbleiben, eine Schiffahrtsrinne Elbing—Pillau, die dem Wasser der Rogat Abfluß gewährt, und unterwegs die Passarge aufnimmt, und die an die Schiffahrtsrinne Königsberg—Pillau anschließt, damit so der Binnenwasserweg von Berlin und der Elbe nach Königsberg bestehen bleibt. Elbing hätte dann weiter über Danzig und Pillau Seeanfluß, es wäre auch die Herstellung eines Durchstichs durch die Nehrung zu erwägen, durch den Elbing direkt Seestadt werden würde.

Der Haffschlickboden eignet sich besonders zu Weidewezwecken und zum Anbau von Weizen. Da das Haff Süßwasser führt, ist der Boden sofort ertragsfähig. Es wären genau wie in der Zuidersee einzelne Felder einzubringen und freizupumpen. Die Deiche könnten durch Aufspülung von Haffboden gewonnen werden, der wenig wasserdurchlässig ist. Die Kosten des Projektes würden bei normaler Durchführung 150 Millionen Mark betragen, die Abblösung der Fischereirechte eingerechnet. Die Belastung würde pro Hektar 227,20 Mark betragen, also je nach Lage 50 bis 60 Mark pro Morgen. Das ist ein angemessener Preis. Trotzdem ist bei der Finanzlage des Reiches und Preußens, auch bei glänzender Verzinsung des Kapitals, auf Jahre hinaus nicht damit zu rechnen, daß derartige Summen freigemacht werden können. Dagegen ergibt sich eine andere Möglichkeit: Trockenlegung des Haffs auf dem Wege über den freiwilligen Arbeitsdienst. Auf dem Haffgelände könnten etwa 5000 Siedler untergebracht werden. Wenn man Erwerbslose, die Lust und Liebe zur Siedlung haben, einige Jahre bei der Trockenlegung des Haffs im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt, ihnen Unterkunft und Verpflegung gewährt und ihnen als besondere Entschädigung das Anrecht auf eine Anzahl Morgen des gewonnenen Landes gibt, das sie schuldensfrei besitzen würden, so würde das Projekt bereits mit etwa 60 Millionen Mark Unkosten durchzuführen sein. Der freie Arbeitsmarkt würde nicht geschädigt, weil ja erstens das Land für den Staat kultiviert wird, der Besitzer des Haffs ist, zweitens die volle Entlohnung später durch die Hergabe von Land erfolgt. Die Siedlungen auf Haffgelände würden sich nach Ansicht der Anhänger des Projektes unbedingt rentieren, weil ihre Hauptgrundlage die Viehzucht darstellen würde.

Nach dem Plan wären von dem gewonnenen Land etwa 16 000 Hektar als Weizenboden zu benutzen, so daß wir uns von der Weizeneinfuhr teilweise freimachen könnten, 50 000 Hektar wären Weideland. Darauf könnten 50 000 Milchkuhe gehalten werden, die durchschnittlich 183 Millionen Liter Milch im Jahre geben, gleich 122 000 Zentner Butter. Das wären 67 v. H. der monatlichen Buttereinfuhr Deutschlands oder 130 v. H. der jährlichen Milcheinfuhr. Wir würden uns also erheblich von Auslandsware freimachen können.

Aber auch nationalpolitisch wäre die Durchführung des Projektes von größter Wichtigkeit. Wir könnten unseren ostpreussischen Vorposten erheblich verstärken. 50 000 Menschen in Ostpreußen mit einem Schläge schaffst machen und ihnen Arbeit und Brot geben. Die Trockenlegung des flachen Frischen Haffs sei durchaus kein phantastisches Projekt, die Berechnungen, so hört man, hielten allen Nachprüfungen stand, und die Trockenlegung der Zuidersee, die viel tiefer als das Haff ist, und die infolge von Ebbe und Flut, die im Haff beide fehlten, erheblich schwieriger war, zeige die Möglichkeit der technischen Durchführung derartiger Arbeiten. Was jetzt fehle, sei eine Behörde oder ein Verband, der die Durchführung der Arbeit ernstlich bestreibe. Die Mittel könnten zum Teil aus der Arbeitslosenfürsorge aufgebracht werden, und viele Kommunen, deren Dauererwerbslose auf diese Weise in Arbeit und Brot gebracht und umgesiedelt werden könnten, würden gewiß gern Zuschüsse geben. Es gelte, eine Provinz im Frieden zu gewinnen.

Wirtschaftlicher Richtungsgriffspalt?

Das Sonderkomitee des Völkerbundes prüft den russischen Vorschlag.

— Genf, 3. November.

Der von der russischen Regierung im Europaausschuß im Mai eingebrachte Plan eines wirtschaftlichen Richtungsgriffspaltes wurde in einem zur Prüfung des Planes eingesetzten Sonderkomitee, das unter dem Vorsitz des italienischen Delegierten de Michelis zusammentrat, erneut beraten. Zu der Tagung hat die russische Regierung den Botschafter in London, Sokolnikow, und zwei Vertreter des Außenkommissariats entsandt. An den Beratungen nahmen Vertreter von achtzehn europäischen Regierungen und außerdem auf Wunsch des Europaausschusses einige außereuropäische Länder teil. Die Vereinigten Staaten, Australien, Kanada, die gleichfalls eingeladen worden sind, haben keine Vertreter geschickt. Im Verlaufe der neuen Beratungen wandte sich der russische Delegierte Sokolnikow auch gegen die — bereits dementierten — Gerüchte über die angeblich von Rußland geplante Zahlungseinstellung.

Keine Angliederung Ostafrikas.

— London, 3. November.

Der Ausschuss zur Prüfung der Frage einer engeren Vereinigung der von England verwalteten ostafrikanischen Gebiete einschließlich des ehemals deutschen Mandatsgebiets hat seinen Bericht veröffentlicht. In diesem Bericht wird erklärt, daß nach Auffassung des Ausschusses die Möglichkeit nicht in Betracht komme, einen gemeinsamen Oberkommissar für die drei Gebiete einzusetzen. Damit erledigt sich auch die Frage der Schaffung eines gemeinsamen gegebenden Rates.

Erhöhte Mandschurei-Gefahr?

Japan bereitet angeblich einen Einmarsch in das russische Interessengebiet vor.

— Tokio, 3. November.

Der japanische Außenminister Schidehara dementiert Meldungen, die von Vorbereitungen für den Einmarsch in das russische Interessengebiet in der Nordmandschurei sprechen.

In den Meldungen über diese angeblichen Vorbereitungen hieß es: In Tschangtschun treffen die Japaner Vorbereitungen zu einem Vormarsch in Richtung auf Chabin. Der chinesische General in Taonan, der das wohlwollende Interesse der Japaner genießt, hat versucht Tsifitar einzunehmen; aber er ist von dem chinesischen General Matschanchan zurückgeschlagen worden, dessen unerwartet starker Widerstand der Verwendung russischer Kriegsmaterialien zu verdanken sein soll.

Einer Meldung aus Port Arthur zufolge ist ein

Chinesisch-russischer Geheimvertrag

abgeschlossen worden, worin der chinesische Präsident General Tschangtschun sich verpflichtet, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufzunehmen, während die Sowjetregierung verspricht, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Mongolei einzumischen. 300 russische Güterwaggons mit Waffen und Munition sollen in den letzten Tagen über die mandschurische Grenze gerollt sein. Chinesische Führer glauben, daß 50 000 Mann Sowjettruppen bereit sind, dem japanischen Vormarsch entgegenzutreten.

Die Einigung Chinas mißglückt.

— Nanjing, 3. November.

Die Vorbesprechungen zwischen den Abgesandten der Kanton- und der Nationalregierung sind beendet. Tschangtschun erklärte, die Vorschläge der Delegierten von Kanton zur Wiederaufrichtung der Regierung und der Partei seien für die Nationalregierung unannehmbar; denn sie widersprächen den Grundätzen der Kuomintang. Tschangtschun fügte hinzu, wenn die Gegenpartei aufrichtig wäre, müßte sie die sogenannte Kantonregierung restlos beseitigen und mit der Nationalregierung von Nanjing zusammengehen.

Tokio verhandelt nicht.

— Berlin, 3. November. Die japanische Regierung hat, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Tokio, erklärt, daß es ihr unmöglich sei, den chinesischen Vorschlag unmittelbarer Verhandlungen auf Grund der Entschliebung des Völkerbundes vom 24. Oktober anzunehmen.

Laval bei Doumer.

— Paris, 3. November.

Ministerpräsident Laval wurde bei seiner Ankunft von seinen Ministerkollegen sowie einer größeren Menge erwartet. Er begab sich sofort ins Innenministerium. Vor dem Gebäude bereitete ihm eine große Volksmenge eine Ovation. Laval erklärte den Journalisten, er sei mit seiner Reise zufrieden. Er hoffe, daß seine Reise nach Amerika nicht zwecklos gewesen sei. Vom Innenministerium begab sich Laval zum Präsidenten der Republik Doumer, um ihm Bericht über seine Reise zu erstatten.

37 von 64 Staaten für die Rüstungspause.

— Genf, 3. November. Bis zum 2. November haben 37 Staaten, darunter außer Deutschland Rußland, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika, Italien, Großbritannien, Frankreich und Polen, dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie den Vorschlag einer Rüstungspause für die Dauer eines Jahres, und zwar vom 1. November an, angenommen haben. Die Aufforderung ist feinerzeit ergangen an die 55 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes und an 9 andere Staaten, die nicht Mitglieder sind, aber an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Neuregelung der Umsatzsteuer.

Monatsvorausmeldung bis zum 10. November. — Neue Umrechnungssätze.

Die Steuerpflichtigen mit einem steuerpflichtigen Jahresumsatz von über 20 000 Reichsmark haben nach der Verordnung vom 25. Juni 1931 für die Umsatzsteuer nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich Vorausmeldungen abzugeben und entsprechende Vorauszahlungen zu leisten.

Erstmalig ist von ihnen eine Monatsvorausmeldung über die Umsätze im Oktober 1931 bis zum 10. November 1931 abzugeben und gleichzeitig die sich danach ergebenden Monatsvorauszahlung zu leisten. Der Steuerfuß beträgt wie bisher für die allgemeine Umsatzsteuer 8,5 v. T. und für die erhöhte Umsatzsteuer 13,5 v. T.

Ferner werden mit Rücksicht auf die Schwankungen einiger ausländischer Devisenkurse im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft die Durchschnittssätze für die Umrechnung ausländischer Zahlungsmittel für Umsatzsteuerzwecke vom 1. November 1931 ab nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich bekanntgegeben.

Tilgungsvorschlag für Kurzkredite.

Rückzahlung von 7 Milliarden in zehn Jahresraten.

— Berlin, 3. November.

Wie verlautet, wird der deutsche Botschafter von Hoeß dem französischen Ministerpräsidenten Laval einen Tilgungsvorschlag für die stillgehaltenen Kurzkredite unterbreiten. Der Vorschlag der Reichsregierung soll dahin gehen, sieben Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb von zehn Jahren in Jahresraten von je 700 Millionen Mark zurückzahlen.

Insgesamt werden die schwebenden kurzfristigen Kredite auf rund 11,5 Milliarden Mark geschätzt, davon laufen aber 4,5 Milliarden entweder als Rembours-Kredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen müssen. Für die restlichen sieben Milliarden Mark aber muß ein Abkommen getroffen werden, das mit unserer Handelsbilanz und mit der Aufnahmefähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden kann.

Die Unterjochung der Landbank-Affäre.

— Berlin, 3. November. Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages zur Nachprüfung der Finanzgeschäfte des preußischen Staates mit den konfursbedrohten Unternehmungen des Geheimrats Hugenberg legte die Erörterungen über den Uebergang der Landbank in Schneidemühl auf den Staat fort. Am Dienstagvormittag wird Geheimrat Hugenberg als Zeuge vor dem Ausschuß erscheinen.

Versammlungsverbot.

Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in Preußen verboten.

— Berlin, 2. November. Das preußische Innenministerium hat am Montag auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung für das gesamte Gebiet des Freistaates Preußen alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Bisher konnten derartige Veranstaltungen nach eingeholter Genehmigung stattfinden.

Total- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. Dichterabend im Museum. Wie schon einmal vor mehreren Jahren, wird am Donnerstag, den 5. November, abends 8¼ Uhr der bekannte Schriftsteller Wilhelm Kogge im Städtischen Museum, Berthelstraße 3, aus seinen Werken lesen. Der Dichter hat sich durch seine guten, kernig deutschen Erzählungen eine treue Lesergemeinde geschaffen, die ihm dankbar für diese neue Gelegenheit sein wird, ihn zu hören. Andere Freunde der schönen Kunst sollten auch die Gelegenheit

wahrnehmen. Die Veranstalter des Kunstabends sind der historische Verein und das Städtische Museum.

— Bielefeld. Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft. Die Vortragsreihe „Der weltanschauliche Wandel der Gegenwart“ beginnt am Freitag, den 6. November dieses Jahres, 20,15 Uhr im großen Saale des Altstädter Gemeindehauses mit einem Vortrag von Professor Dr. Dr. Stählin über die Frage „Ende der Persönlichkeitskultur?“. Damit wird die grundlegende Einführung in die Arbeit des ganzen Winters gegeben. U. a. wird es sich um eine Darstellung von Entstehung und Entwicklung des heute so stark umstrittenen Individualismus und eine grundsätzliche Kennzeichnung der gegenwärtigen geistesgeschichtlichen Lage handeln. Sicher aber ist auch eine Erörterung über Möglichkeit und Recht zukünftiger Persönlichkeitskultur zu erwarten. Für jeden, der in der gegenwärtigen deutschen und Welt-Krise mehr sieht als ein wirtschaftspolitisches Problem, wird der Vortrag wie die ganze Vortragsreihe wertvollste Anregungen geben, zumal der Redner Prof. Stählin wie kaum ein anderer gerade auch mit der deutschen Jugendbewegung aufs engste verbunden ist.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Dienstag 8 Uhr: Bethelgruppenabend, ältere und jüngere Abteilung im Gruppenaal.

Mittwoch abend 8 Uhr: Teilnahme am Film im Affaphaum.

Donnerstag abend: Singkreis.

Film-Abend im Affaphaum.

Am Mittwoch, den 4. November, kommt wieder ein Film zur Vorführung, und zwar der Film:

„Andreas Hofer und der Freiheitskampf des Tiroler Volkes.“

Nachmittags 2 Uhr für die Frauenhäuser, nachmittags 4½ Uhr für die Männerhäuser, abends 8 Uhr für die gesunde Gemeinde.

Unter der Losung für ein „Freies Vaterland“ kämpft Andreas Hofer, der große Nationalheld des Tiroler Volkes mit seinem Bauernheer gegen die Unterdrücker. Der Beschauer wird hineingestellt in sein Leben und Führen, in seine Liebe und Treue zu seinem Heimatlande. Er erlebt in großangelegten Einzeldarstellungen die verschiedenen Aufstände, die Erstürmung der Brücke von Hall, die Kämpfe von Iselberg, die Uebernahme der Regierung in Innsbruck, die Einsetzung in der Hofkirche, aber auch die allmähliche Müdigkeit der Tiroler Bauern, den Verfall der Widerstandskraft des Volkes, das „letzte Aufgebot“, die Flucht und den Verrat an dem Führer, sowie die Gefangennahme und Hofers letzten Gang nach Mantua.

Karten im Vorverkauf 60 und 30 Pfg. An der Abendkasse 70 und 40 Pfennig.

Anzeigen aus Bethel.

Von Freitag, dem 6. November, ab wird der Bethelweg, welcher bisher Montags und Donnerstags durch unter Auto bedient wurde, Dienstags und Freitags mit dem Friedhofsweg gemeinsam bedient.

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, welche am Bethelweg wohnt, hieron Vormerkung zu nehmen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Haus Dennoch, Davos-Dorf, Schweiz

von Kreuznachern Diakonissen seit 26 Jahren geführt, kann Ungenügendes weiblichen Geschlechts auf das wärmste empfohlen werden. Ermäßigte Preise. Ausführlichen Prospekt versendet

Direktion der Diakonien-Anstalten, Bad Kreuznach.



Käse

beste

Ware



Tilsiter ohne Rinde. Vollfetter Camembert.

Vertreter und Abnehmer überall gesucht — C. Wilkens, Rahstedt (Holstein). Kommissionslager wird evtl. gegeben.

Der weltanschauliche Wandel der Gegenwart

1. Vortrag

„Ende der Persönlichkeitskultur?“

Professor Dr. Dr. Stählin-Münster.

am Freitag, den 6. November 1931 abends 8¼ Uhr im Altstädter Gemeindehaus, Grünstraße.

Karten zu M 1.— in der Pfefferschen Buchhandlung und an der Kasse. Für Winderbemittelte Ermäßigung.

Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft.

Wir suchen in ganz Deutschland fleißige, gewissenhafte und geschickte

Beretreter

für unsere Erzeugnisse: Großraumöfen, mehr. pat., für Fabriken, Werkstätten, Kirchen, Schulen, Säle, Versammlungsräume usw., Schachtelabdeckung, pat., für Kanalisation u. Hausbau, eiserne Schmelz mit Holzstift, Schnurhalter für elektr. Biegelisen, pat.

Wir bieten erstkl. Ware und hohe Provision, verlang. Erfolge, Referenzen angeben. Angebote unter A 1996 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Arbeit

sucht Kaufmann, Eintritt sofort, bilanzfähig, übernimmt jede andere Arbeit, geringer Lohnanspr., anspruchslos. Gest. Schreiben vermittelt W. R. Weber, St. Georgen (Schw.).

Gebildete, christliche, zuverlässige

Dame

gef. in Einfamilienhaus Bethels. Wirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten zur Beaufsichtigung von Schularbeiten 10—14jähriger Kinder erwünscht. Angeb. mit Bild und Zeugnissen an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1998.

Einen herrlichen

Ruheplatz

bietet Erholungsuchenden das Hasliberghaus Goldener Berner Oberland, 1060 m hoch, sonnenreich, windgeschützt, beheizt, eingerichtet, sorgf. geführt. Herbst- und Winterkuren, besf. für Kinder, auch für schwächliche Kinder bei mütterl. Pflege und jung. Mädchen zur Ausbildg. im Haushalt. Auf Wunsch Diätst. Preise d. Notzeit angepasst. Ill. Prospekt vom Hausvater Dr. H. Burchardt, Wt.

Wir empfehlen unsere aus bestem Material, in eigenen Werkstätten hergestellten



Aluminium-

Geschirre

und

Korbwaren

Tiberias-Werkstätten, Bethel bei Bielefeld

Trinkerrettungsanstalt

Blaukreuzhof

Hamm (Westf.) Land

Gründungs-Jahr 1906

Fernr.: Unterp 32 Fernamt Hamm

Postcheckkonto: Dortmund 3124

Durch Kontrolle des vereidigten Geheimers Dr. Bobbins, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-

Blüten-

garant.

Dose 9 Wd. netto 10,20 RM, vorwiegend

freie-Lindenblüte 11,90 RM, 5 lbe

Dose 5,90 RM und 4,70 RM, 1 Wd. Patet

late-Tee RM 2.— frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.

Krieger, Borgein 2, Kr. Soest.

Dieser Sonntag ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Neu!

Aktuell!

Soeben erscheint in neuer Auflage, neu bearbeitet und bedeutend erweitert

Das Schicksal Deutschlands

Ein Blick in die Gegenwart und Zukunft der Völkerrpolitik. Von Schriftleiter Bernhard Peters

Preis RM. 1.80

Der Verfasser, der als politischer Schriftleiter einer großen Tageszeitung mitten im politischen Leben steht, hat sich doch seine innere Wärme bewahrt, von der aus er das Schicksal der Zeit, das Ringen der Völker und die Auswirkungen der gegenwärtigen Geistesströmungen im Lichte der göttlichen Offenbarung zu sehen versucht. In vorliegender Schrift bemüht er sich, aus den weltpolitischen Verhältnissen der Vergangenheit und Gegenwart Entwicklungslinien für die Zukunft zu zeichnen. Die Unternehmung wird jedoch lebhaft im Blick auf unser deutsches Volk vorgenommen. Wenn ers wertvoll an dieser Schrift ist, daß sie nicht seine Prophezeiungen aufstellt, wohl aber klare Schlüsse zieht und erhellende Weisheiten teilt, zeigt. Zur Anschaffung dringend empfohlen!

Verlag Missions-Buchhandlung Worms a. Rh.